



## Liebe Freundinnen und Freunde, Partnerinnen und Partner, Mitglieder unseres Verbandes!



Dr. Elisabeth Müller  
Vorsitzende des Vorstands

Was bedeutet Weihnachten für Sie? Sicher erst einmal eine große Managementaufgabe. Bevor sich alle Lieben in trauter Runde unter dem Weihnachtsbaum versammeln, ist noch einiges zu tun. Zahlreiche Einkäufe, sowohl Geschenke als auch Lebensmittel. Auch ist striktes Routen- und Zeitmanagement zu den Festtagen angesagt. Sollen wir erst zu Oma Gertrud und dann zu Onkel Horst oder doch lieber anders herum? Wie lange braucht man von A nach B? Wer mag was zu Weihnachten

essen? Der Sauerbraten schmeckt den Kindern nicht. Fondue dauert bei acht Personen am Tisch zu lange – wir haben nur sechs Paar Spieße. Eine gute Gans der passenden Größe sprengt nicht nur den Backofen sondern auch das Weihnachtsbudget ... Jede Familie kann hier sicher die eigenen Herausforderungen aufzählen. Für viele von uns ist die Freude auf Weihnachten daher auch sicher insgeheim mit der Hoffnung verbunden, dass spätestens am Heiligabend der Vorbereitungsstress vorbei ist. Und was kommt dann? Vielleicht einmal kurz die Zeit, um nachzudenken, warum wir eigentlich Weihnachten feiern. Ganz einfach: die Geburt eines Kindes. Sicher, Jesus von Nazareth war (gelinde ausgedrückt) ein ungewöhnliches Kind. Das erklärt auch, warum wir seinen Geburtstag seit jeher auf eine ganz besondere Art und Weise feiern. Geburtstage waren ja in früheren Zeiten an sich nichts Besonderes. Erstens wurde vielfach gar nicht registriert, wann genau der Geburtstag eines Kindes stattgefunden hatte. Zweitens konnte man bei der hohen Kindersterblichkeit nicht sicher sein, ob das Kind tatsächlich überlebt. Taufe und Namenstage hatten daher als Feierlichkeiten einen ganz anderen Stellenwert. Heute ist das Gegenteil der Fall. Wir feiern manchen Geburtstag mit einem Aufwand, der den Weihnachtsvorbereitungen in Nichts nachsteht. Wenn wir uns dabei schon solche Mühen geben – vielleicht nehmen wir den „Geist der Weihnacht“ auch ein wenig mit in jeden einzelnen Geburtstag unserer Kinder. Nehmen Sie sich (wenn der ganze Stress vorbei ist) doch bei jedem Geburtstag einen kurzen Augenblick Zeit

und sagen Ihrem Kind: „Danke, dass du da bist!“ Genau so, wie die Christen zu Weihnachten Gott und Jesus danken, dass es sie gibt. Dann ist mehrmals im Jahr „Weihnachten“. Ich bin sicher, Jesus hat nichts dagegen.

Ich wünsche Ihnen ein frohes (besinnliches) Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr mit Ihrer Familie

Ihre  
Dr. Elisabeth Müller



### Inhaltsverzeichnis

Grusswort der Vorsitzenden	01
Der KRFD stellt sich (in der Politik) vor	02
Interview mit Prof. Dr. Herwig Birg	03
Helfen Sie uns mit einer Spende!	07
Unsere Monatsumfrage	07
Kontakt & Impressum	08





## Der KRFD stellt sich (in der Politik) vor

**Sie wissen:** Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. (KRFD) ist angetreten, um die Gesellschaft zu verändern. Wir wollen auf drei Ebenen agieren: Familien Mut zum dritten Kind (und mehr) machen, ein Netzwerk zur Selbsthilfe kinderreicher Familien bilden und ihre Belange in der Politik zur Sprache bringen. Was für uns klar ist, kennen viele unserer natürlichen Ansprechpartner noch nicht. Wir sind ja noch jung (und mit genau so viel Elan ausgestattet)! Daher haben wir uns bei Politikern und im Familienministerium vorgestellt. Schließlich wollen wir nicht einfach nur Forderungen stellen, sondern im Dialog mit politischen Entscheidern das Beste für kinderreiche Familien bewirken. Zu Beginn haben wir alle kinderreichen Abgeordneten des Deutschen Bundestags angeschrieben. Wir, also die kinderreichen Familien, sind dort sogar überproportional vertreten. Schließlich konnten wir 115 Briefe versenden. Umso wichtiger, dass die kinderreichen Familien hier nun auch endlich mehr Gehör finden und Abgeordnete sich – neben ihren eigentlichen politischen Fachthemen – auch vermehrt für ihre „eigene“ Sache einsetzen. Die Resonanz einiger Abgeordneter gibt Hoffnung, dass wir auch hier auf „offene Ohren“ stoßen. Unser Vorstandsmitglied, Thomas Franke, wird in den kommenden Wochen und Monaten einige Gespräche mit Abgeordneten führen können.

**Ein Gespräch der besonderen Art** hat inzwischen schon stattgefunden. Der KRFD konnte sich im Familienministerium beim zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Ingo Behnel und seinem Mitarbeiter, Herrn Ulrich Paschold präsentieren. Dr. Elisabeth Müller, Dr. Tanja Prinzessin zu Waldeck und Thomas Franke waren dazu am 9. Dezember 2011 in Berlin. Das ursprünglich für eine Stunde angesetzte Treffen dauerte, auf Grund der vielen gemeinsamen Überzeugungen, länger als geplant. Der KRFD konnte sich in seiner Struktur und mit seinen Vorhaben vorstellen. Im Schwerpunkt standen dabei der Austausch um die besonderen Bedingungen, unter denen kinderreiche Familien stehen und manchmal auch leiden. Es wurde deutlich, dass die so wichtige Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Kleinfamilien anders gestaltet werden muss als für große Familien. Hier bestand Einigkeit, dass in Zukunft mehr auf diesem Gebiet geschehen muss. Alle Teilnehmer stimmten darin überein, dass eine erkennbare Mehrkindpolitik auch in Deutschland stattfinden muss. Andere europäische Länder können da teilweise schon mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Verband, der sich daher ausdrücklich diesen Themen widmet wird von Seiten des



Bundesfamilienministerium Berlin

Familienministeriums sehr positiv gesehen. Auch hier wurde vereinbart, den Gesprächsfaden weiter aufrecht zu erhalten. Prompt folgte dann auch von Seiten des Familienministeriums die Einladung zu einer Impulsveranstaltung der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ am 6. Februar des kommenden Jahres in Berlin. Natürlich wird der KRFD an dieser und weiteren Veranstaltungen und Gesprächen teilnehmen – für eine erkennbare Mehrkindpolitik in Deutschland.



**Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend**





## Interview mit Prof. Dr. Herwig Birg

„Familienpolitik ist Wirtschaftspolitik“ sagt der heute in Berlin lebende Prof. Herwig Birg. Der renommierte Bevölkerungswissenschaftler rückt die kinderreiche Familie und ihre Verdienste für die Gesellschaft in den Fokus seiner Betrachtungen. Denn diese sind es, die für die Sicherung der Sozialsysteme durch den Nachwuchs etwas tun. Konsequenter fordert Prof. Birg einen Strategiewechsel in der Politik, die mehr sein sollte als Sozialpolitik.

Prof. Herwig Birg studierte zunächst an der Technischen Hochschule Stuttgart und an der Hochschule für Gestaltung Ulm. Ab 1962 nahm er ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin auf. Im Jahre 1970 erfolgte seine Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität Berlin. Ab Ende der 1960er Jahre bis zum Anfang der 1980er Jahre war er sowohl forschend am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin als auch lehrend an Berliner Universitäten und Hochschulen tätig. Im Zeitraum von 1981 bis 2004 hatte er einen Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Bielefeld inne und war Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) an der Universität Bielefeld. Seit 2004 ist er für verschiedene Auftraggeber forschend und beratend tätig.

Das Interview führte Dagmar Döring, Unternehmerin, verheiratet und Mutter dreier Kinder.



Prof. Dr. Herwig Birg

**Frage:** Herr Prof. Birg, Sie haben als Volkswirt an der Universität Bielefeld den Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft und das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik geleitet und beobachten einen Zusammenhang zwischen der hohen Qualifikation vieler Frauen und der niedrigen Geburtenrate in Deutschland. Wie ist dieser Zusammenhang zu erklären?

**Prof. Birg:** Die Frauen sind heute wesentlich besser qualifiziert als früher. Es gibt an den deutschen Universitäten mehr Frauen als Männer. Und natürlich wollen diese Frauen das erworbene, berufliche Wissen durch eine Berufskarriere auch anwenden. Es gelingt ihnen aber nur schwer, Familien- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Für viele ist das nicht zu schaffen. Deshalb werden geplante Kinderwünsche aufgeschoben, soweit diese überhaupt vorhanden sind. Aber wie die Erfahrung lehrt, sind die aufgeschobenen Wünsche dann oft aufgehobene Wünsche. Je weiter die berufliche Karriere vorangeschritten ist, desto schwerer ist es, sie zu unterbrechen, um Kinderwünsche zu realisieren.

**Frage:** Was schlagen Sie vor, was wären denn Konsequenzen, die auch politisch gezogen werden müssten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gestalten zu können?

**Prof. Birg:** Wir müssten Erzieherinnen und Erzieher ausbilden, denen man gerne seine Kinder anvertraut. Es ist ja nicht damit getan, irgendwelche Betreuungseinrichtungen zu schaffen, das Leistungsangebot muß auch qualitativ und in ganz Deutschland flächendeckend vorhanden sein. Nur dann werden Frauen eine echte Wahl zwischen Familien- und Erwerbsarbeit haben. Davon sind wir jedoch weit entfernt. In anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich oder in den skandinavischen Ländern, können wir seit Jahrzehnten beobachten, welche Maßnahmen dort ergriffen wurden. Wir könnten es sogar besser machen, wir brauchen keine Lehrmeister. Aber wir wollen es einfach nicht und machen es auch nicht!

**Frage:** Fehlt es Ihrer Meinung nach am politischen Willen?

**Prof. Birg:** Es fehlt am politischen Willen, und das hat seine Gründe. Das Wissen um die demographischen Tatsachen fehlt in der breiten





Öffentlichkeit immer noch weitgehend, obwohl es den Leuten allmählich dämmert, was auf Deutschland zukommt. Aber auch wenn dieses Wissen vorhanden wäre, müsste sichergestellt werden, dass Politiker ihr Verhalten nicht an der nächsten Wahl ausrichten, sondern weit darüber hinaus denken. Denn der Zeitraum, um den es bei demographischen Zukunftsfragen geht, umfasst Jahrzehnte. Politiker sollten sich daran messen lassen, ob sie Politik für die nächsten 10 Legislaturperioden leisten oder nur für die Maximierung ihrer Stimmzahl bei der nächsten Wahl.

**Frage:** Das ist also ein deutliches Votum für Nachhaltigkeit in der Politik und nicht nur in der Wirtschaft. Ich leite nun über zum zweiten Punkt: Zuwanderung.

Zuwanderung galt und gilt als Zauberformel um dem demographischen Wandel entgegenzusteuern. Sie sind skeptisch. Warum?

**Prof. Birg:** Unsere Politik zielt darauf ab, die Zuwanderung als Ersatz für den eigenen Nachwuchs zu betrachten. Aber Kinder müssen immer erst irgendwo geboren, erzogen und ausgebildet werden, bevor sie nach Deutschland zuwandern können, um unsere ureigensten Probleme zu lösen. Die Herkunftsländer können dem nicht tatenlos zusehen, zumal sie inzwischen selbst unter Nachwuchsmangel leiden. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, seine eigenen Probleme auf Kosten anderer Länder lösen zu wollen – quasi zum Nulltarif. Das ist die ethische Seite des Problems. Daneben gibt es die praktische Seite, dass die kompensatorische Zuwanderungspolitik gar nicht zum Ziel führen kann, weil die Zugewanderten sich schnell an die niedrige Geburtenrate in Deutschland anpassen. Sie haben inzwischen auch zu wenig Kinder, um ihre Bevölkerungszahl konstant zu halten, so dass immer mehr zuwandern müssten, damit ihre Gruppe nicht ebenso schrumpft wie die der nicht zugewanderten Bevölkerung. Den fehlenden Nachwuchs auf Dauer durch Zuwanderung zu kompensieren statt für eigene Kinder zu sorgen, ist keine nachhaltige Politik.

**Frage:** Ein Geburtendefizit stellen Sie bislang vor allem in Europa fest, aber Sie beschreiben auch eine ähnliche Entwicklung in Ländern der anderen Kontinente.

Auch hier sehen Sie eine Tendenz von Geburtenüberschüssen hin zu Geburtendefiziten.

Wann nimmt die Weltbevölkerung insgesamt ab und wie ist dies zu bewerten?

**Prof. Birg:** Die Weltbevölkerung hat jetzt die 7 Milliarden erreicht und wird weiter bis auf rund 10 Milliarden wachsen. Um das Jahr 2070 endet aber das jahrtausendlange Weltbevölkerungswachstum auf dem Niveau von rund 10 Milliarden, danach beginnt die neue Phase der Stagnation und Schrumpfung der Weltbevölkerung.

Wie das bewertet wird, hängt davon ab, ob man die Entwicklung aus der Sicht der Industrieländer oder der Entwicklungsländer betrachtet. Die Öffentlichkeit der Industrieländer sah früher immer nur die Bevölkerungsprobleme in der zu schnell wachsenden Dritten Welt, aber nicht ihre eigenen schrumpfungsbedingten Probleme. Die Weltbevölkerung wächst zwar als Ganzes, aber innerhalb der Weltbevölkerung ist zu unterscheiden zwischen den stagnierenden bis schrumpfenden Industrieländern und den wachsenden Entwicklungsländern. Deutschland ist das erste Land der Welt, in dem das jahrtausendlange Bevölkerungswachstum in die Schrumpfung überging – das war im Jahr 1972. Die anderen Länder folgen Deutschland mit zeitlichem Abstand. In den armen Entwicklungsländern wird die Bevölkerung auch noch bis zum Ende des 21. Jahrhunderts weiterwachsen und vielleicht noch darüber hinaus. Die Summe aus Industrie- und Entwicklungsländern – die sogenannte Weltbevölkerung – ergibt einen ziemlich nichtssagenden Durchschnitt. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich völlig unterschiedliche schrumpfungsbedingte und wachstumsbedingte Bevölkerungsprobleme.

In Deutschland und in anderen hoch entwickelten Ländern sind es die sozialen Sicherungssysteme, die nicht mehr funktionieren, wenn nicht genügend Beitragszahler nachwachsen. Das ist ein sehr ernstes wirtschaftliches und soziales Problem. Dazu kommen aber eine Reihe weiterer Schwierigkeiten, beispielsweise die demographische Ausbeutung der Abwanderungsgebiete durch die wirtschaftlich starken Regionen innerhalb Deutschlands. In Deutschland gibt es immerhin soziale Sicherungssysteme, die reformiert werden können. In den





Entwicklungsländern gibt es so gut wie keine sozialen Sicherungssysteme, die man reformieren könnte. Dort herrscht auch ein gefährlicher Raubbau an der Umwelt, den wir in den entwickelten Ländern mehr oder weniger überwunden haben. Hinzu kommt das uralte Ernährungsproblem und das Problem der Nicht-Regierbarkeit durch undemokratische Herrschaftssysteme. Wir müssen also von einer ganzen Palette von bevölkerungsbedingten Problemen sprechen, die sich in den armen Entwicklungsländern ballen und mit dem Ende des Weltbevölkerungswachstums nicht aufhören zu existieren, sondern weiterschwellen und sich sogar verstärken, wie beispielsweise die globalen Umweltprobleme.

**Frage:** Zurück nach Deutschland. Welche Forderungen stellen Sie denn mit Blick auf die Konsequenzen des demographischen Wandels? Ist z.B. Bildung als Garant für ein hohes Entwicklungsniveau in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht eine Lösung?

**Prof. Birg:** Bildung könnte eine Lösung sein, wenn man darunter nicht nur Ausbildung verstehen würde. Bildung bedeutet ja mehr, als über berufliche Fähigkeiten zu verfügen. Bildung hat man, wenn man zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden kann und dazu in der Lage ist, sein Verhalten danach auszurichten, z.B. sein Verhalten in Bezug auf die Frage der Familiengründung. Es kann kein Zeichen von Bildung sein, dass ein Viertel der jungen Jahrgänge zeit lebens kinderlos bleibt oder gar keine Familie mehr anstrebt, weil die Lebenslaufplanung von beruflichen Zielen und Karrierewünschen dominiert wird. Deshalb ist auch nicht damit zu rechnen, dass sich durch forcierte Investitionen in die Ausbildung an den demographischen Grundproblemen, insbesondere an der niedrigen Geburtenrate, etwas zum Positiven ändern würde. Ganz im Gegenteil: Je höher das allgemeine Bildungsniveau ist, desto mehr stehen Karriereziele im Vordergrund der Lebensplanung und um so weniger kommt die Familiengründung zum Zug. Hier würde Bildung helfen, indem die Familie wieder zu einer selbstverständlichen Lebensform wird. Die nur auf das eigene, begrenzte Leben konzentrierten Werte, deren Sinn mit dem Ende des eigenen Lebens erlischt, sind nicht zu kritisieren, aber es gehört auch zur Bildung, dass man weiß und sich danach richtet, dass sich die Erde nach dem Ende des eigenen Lebens weiterdreht. Seltsamerweise scheinen das immer mehr Menschen zu vergessen oder als unwichtig zu betrachten.

**Frage:** Als letzte Frage möchte ich noch mal einen Blick auf die Politik werfen. Sie selbst haben einmal geschrieben, dass Familienpolitik bislang in erster Linie nur als Sozialpolitik für die Familien betrachtet wird. Das reicht ihrer Ansicht nach aber nicht aus, um die Geburtenrate in Deutschland zu erhöhen. Sie fordern nun einen politischen Strategiewechsel zugunsten der Familien. Was verstehen Sie darunter?

**Prof. Birg:** Erstens muß die Verfassung und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Familienpolitik ernst genommen werden. Ehe und Familie haben in unserer Verfassung einen hohen Rang, sie sind in besonderer Weise durch das Grundgesetz geschützt. In der Realität sieht es jedoch so aus, dass die Familien den familienlosen Teil der Gesellschaft finanziell unterstützen, statt umgekehrt. Das Verfassungsgericht spricht hier von einer Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung, der vor allem darin besteht, dass kinderlose Menschen durch das soziale Sicherungssystem privilegiert werden. Kinderlose Menschen zahlen in das soziale Sicherungssystem ja nur die monetären Beiträge ein, aber sie erbringen nicht die vom Verfassungsgericht als „generativen Beitrag“ bezeichneten Leistungen in der Form der Erziehung von Kindern als den künftigen Beitragszahlern. Es genügt nicht, dass heute z.B. in die Pflegeversicherung Geldbeträge eingezahlt werden, denn damit können nur die jetzt älteren Menschen gepflegt werden, weil nichts zurückgelegt wird. Aber wenn die heutigen Beitragszahler selbst pflegebedürftig werden, kann ihre Pflege nur finanziert werden, wenn inzwischen neue Beitragszahler herangewachsen sind, die dann Beiträge entrichten. Die „generativen Beiträge“ sind entscheidend für das Funktionieren nicht nur der gesetzlichen Pflegeversicherung, sondern auch der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung. Kinderlose Menschen können den generativen Beitrag nicht leisten, aber sie erwerben dennoch die gleichen Ansprüche wie die Menschen mit Kindern. Diese Ungerechtigkeit müsste als erstes beendet werden.

Zweitens müsste - wie schon erwähnt - die Politik der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit wirklich ernsthaft umgesetzt werden. Es müssten Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet und die





entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden. Das geschieht bei weitem nicht im erforderlichen Umfang.

Dann müssten drittens - das wäre mein persönlicher Vorschlag - bei der Besetzung von Arbeitsplätzen Eltern bevorzugt werden - unter gleich qualifizierten Bewerbern wohlgemerkt. Bei gleicher Qualifikation sollten Eltern Priorität genießen, weil sie neben der Erwerbsarbeit auch noch Familienlasten tragen.

Ganz vorzüglich wäre viertens die Einführung eines Familienwahlrechts, bei dem die Eltern die Stimmen ihrer noch nicht wahlberechtigten Kinder so lange ausüben können, wie die Kinder selbst nicht wahlberechtigt sind. Dies wäre angebracht, weil ja die Kinder die Fehlentscheidungen der Politik in ihrem Leben viel länger zu ertragen haben als ihre Eltern. Es geht immer in erster Linie um die Zukunft der Kinder, wenn wir über die Zukunft sprechen.

Schließlich noch ein Vorschlag zur Weiterentwicklung der Frauenquote. Das allgemeine gesellschaftliche Bewusstsein ist gerichtet auf eine Unterstützung der Frauen und auf einen Abbau ihrer Benachteiligung in Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist gut und richtig. Dafür gibt es z.B. Frauenquoten. Aber warum keine Mütterquoten? Es sollten in erster Linie die mehrfach belasteten Frauen entlastet werden, die erstens ihren „Mann“ bzw. ihre Frau im Erwerbsleben stehen, zweitens Kinder erziehen und drittens häufig auch noch ältere Familienangehörige pflegen.

Sinnvolle Maßnahmen gibt es zu Hauf, aber es mangelt am politischen Willen, sie umzusetzen, weil die Menschen es den Politikern bei der jeweils nächsten Wahl nicht danken, sondern sie dafür bestrafen würden. Das ist ähnlich wie jetzt in der Finanzkrise, die ja auch unter anderem eine Folge der demographischen Krise ist, weil beispielsweise das demographisch verursachte Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung durch steuerfinanzierte Zuschüsse in Höhe von jährlich 70 Milliarden Euro ausgeglichen werden muß - das ergibt in nur drei Jahren eine Summe, die dem von Deutschland übernommenen Anteil am Euro-Rettungsschirm entspricht. Die öffentliche Überschuldung ist dadurch entstanden, dass Politiker, um Wählerwünsche zu befriedigen, Schulden angehäuft haben. Eine Politik zugunsten der Familien würde aber erst einmal Opfer von der Bevölkerung verlangen und nicht Wahlgeschenke verteilen. Deshalb ist es zwar nachvollziehbar, dass Politiker so handeln, aber es ist schlicht unverantwortlich. Wenn

man schon sein Leben der Politik widmet, dann sollte man nicht nur die Vorteile dieses Berufes im Auge haben, sondern sich auch der damit verbundenen Verantwortung stellen, selbst wenn man weiß, dass man dafür abgewählt werden kann. Eine Abwahl ist leider sehr wahrscheinlich, weil die Wähler nicht genügend aufgeklärt sind, um die Bedeutung der demographischen Themen einzuordnen. Warum die Wähler nicht genügend aufgeklärt sind, liegt allerdings wieder in erster Linie am mangelnden politischen Willen, die Bevölkerung über demographische Sachverhalte zu informieren. Statt die Bürger aufzuklären, werden sie sogar getäuscht. So ist z.B. im aktuellen Demographiebericht der Bundesregierung zu lesen: „Die Alterung und der Rückgang der Bevölkerung haben weitaus mehr Chancen als Risiken.“ Welche Chancen entstehen denn aus dem dauernden Rückgang der Geburtenzahlen und der ständigen Schließung von Schulen? In keinem Wahlkampf spielte bisher die Demographie auch nur die geringste Rolle. Es ist wirklich verheerend, dass in unserer Demokratie die Existenz der Gesellschaft als Ganzes kein Thema ist.

**Herr Prof. Birg ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.**

**Prof. Dr. Herwig Birg -**

**Ausgewählte Forschungsschwerpunkte:**

1. Demographische Analysen und Prognosen auf nationaler, internationaler und regionaler Ebene.
2. Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere auf das Wirtschaftswachstum und die sozialen Sicherungssysteme.
3. Wissenschaftsgeschichte der Demographie/Bevölkerungswissenschaft und Weltbevölkerungsprognosen.

**Weitere Informationen:**

[www.herwig-birg.de](http://www.herwig-birg.de)





## Helfen Sie uns mit einer Spende!

### Ihre Spende an den KRFD ist steuerabzugsfähig!

Mit Ihrer Fördermitgliedschaft oder Spende sichern Sie die Arbeit unseres Verbandes! Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. erhebt für die ordentliche Mitgliedschaft keine Mitgliedsgebühren, und verlässt sich zur Finanzierung seiner Arbeit allein auf die Großzügigkeit von Spendern und Fördermitgliedern.

„Investieren Sie in die Zukunft“ - wie oft haben Sie das schon gehört? In wenigen Fällen ist die Aussage jedoch so passend, wie beim KRFD. Durch Ihre Spende unterstützen Sie unseren gemeinnützigen Verband in einem wesentlichen Bereich.

Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V., Mönchengladbach, ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Mönchengladbach unter der Nr. VR 4773 eingetragen. Das Finanzamt Mönchengladbach hat mit Datum vom 19.07.2011, Steuernummer 121/5790/6424, den Verein als gemeinnützig anerkannt.

**Helfen Sie mit!**  
Ihre Fördermitgliedschaft  
oder Spende sichert die  
Arbeit unseres  
Verbandes!

### Unser Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft

Kontonr.: 1226800

BLZ: 37020500

IBAN: DE32370205000001226800

SWIFT-C: BFSWDE33XXX

## Monatsumfrage:

Unsere Umfrage für den Monat Dezember 2011 können Sie mit Klick auf folgenden Link auf unserer Webseite beantworten:

### „Wie hoch sind Ihre durchschnittlichen Aufwendungen für Geschenke pro Kind für das Weihnachtsfest 2011?“

Einmal monatlich möchten wir Sie um die Beantwortung unserer Umfrage bitten. Ihre Antworten helfen uns, wichtige Charakteristika kinderreicher Familien zu erfassen und das so gewonnene Zahlenmaterial als Argumentationshilfe in unserer Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden. Ihre Angaben werden anonym erfasst.





**Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.**

Korschenbroicher-Str. 83  
41065 Mönchengladbach

Telefon: +49 (0) 2161-3030953  
Telefax: +49 (0) 2161-3030952

<http://www.kinderreichfamilien.de>  
[info@kinderreiche-familien.de](mailto:info@kinderreiche-familien.de)

**Landesverbände:**

Die Ansprechpartner in den einzelnen Bundesländern finden Sie auf unserer Webseite aufgeführt.

**Mitgliedschaft und Services:**

Frau Victoria Pöllmann beantwortet Ihre Anfragen zu den Themen Mitgliedschaft und Services.  
Victoria Pöllmann - [victoria.poellmann@kinderreiche-familien.de](mailto:victoria.poellmann@kinderreiche-familien.de)

**Verbandsstruktur:**

Herr Thomas Franke beantwortet Ihre Anfragen zum Aufbau des Verbandes, seiner Struktur und weitere Presseanfragen.  
Thomas Franke - [thomas.franke@kinderreiche-familien.de](mailto:thomas.franke@kinderreiche-familien.de)  
Telefon: 030/2096-2831

**Impressum**

Der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V., Mönchengladbach, ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Mönchengladbach unter der Nr. VR 4773 eingetragen. Das Finanzamt Mönchengladbach hat mit Datum vom 19.07.2011, Steuernummer 121/5790/6424, den Verein als gemeinnützig anerkannt.

**Spenden an den Verein sind steuerabzugsfähig!**

**Unser Spendenkonto**

Bank für Sozialwirtschaft  
Kontonr.: 1226800  
BLZ: 37020500  
IBAN: DE32370205000001226800  
SWIFT-C: BFSWDE33XXX

**Angaben gemäß § 5 TMG:**

Verband kinderreicher Familien Deutschland e. V.  
Korschenbroicher-Str. 83  
41065 Mönchengladbach

**Vertreten durch:**

Dr. Elisabeth Müller (Vorsitzende)  
Andreas Konrad (Stellvertreter Vorsitzender)

**Vereinsregister:**

Registergericht: Amtsgericht Mönchengladbach  
Registernummer: VR 4773

**Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV:**

Thomas Franke  
Sprecher des Vorstands

**Konzeption & Text:**

Thomas Franke - insignis GmbH  
Telefon: 030-2096-2831 / Telefax: 030-2096-2832

**Konzeption & Interview:**

Dagmar Döring - Döring Dialog GmbH  
Telefon: 0611-53241855 / [info@doeringdialog.de](mailto:info@doeringdialog.de)

**Layout & Realisation:**

Haimar Staib - Haimar Staib Kommunikationsdesign  
Telefon: 030-99271920 / [email@haimarstaib.de](mailto:email@haimarstaib.de)

**Schmuckgrafiken:**

fotolia.com

